Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

1.3.1927 (No. 50)

Visual Library

№ 50 Dienstag, den 1. März 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Abhaltung der zweiten juristischen Prüfung im Frühjahr 1927

** Der Beginn der im Frühjahr d. J. abzuhaltenden zweiten juristischen Prüfung ist auf den 21. April festgesetzt worden. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März in der vorgeschriebenen Form beim Justizministerium einzureichen.

Die Industrie in Baden

II.

Das Werk des badischen Statistischen Landesamts bringt weiter recht interessante Mitteilungen über die **örtliche Verteilung der badischen Industrie**: Im sämtlichen 40 Amtsbezirken befinden sich Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern. Nach der Zahl der **beschäftigten Arbeiter** steht der Bezirk Mannheim mit 50 240, also einem Fünftel aller Arbeiter, an der Spitze. An zweiter Stelle steht der Bezirk Pforzheim mit 25 000. Ihm folgen die Bezirke: Karlsruhe mit 23 000, Rastatt mit 13 800, Heidelberg mit 12 600 und Bruchsal mit 11 200 Arbeitern usw. Die größte Zahl der **Fabriken** weist der Amtsbezirk Pforzheim mit 363 Betrieben auf, dann kommt Mannheim mit 312, Bruchsal mit 172, Lahr mit 153, Karlsruhe mit 142, Heidelberg mit 128, Freiburg und Rastatt mit je 93, Wiesloch mit 79, Emmendingen mit 75, Offenburg mit 74, Villingen mit 68 Betrieben usw. Nur einen Fabrikbetrieb weist der Amtsbezirk Pfullendorf, 2 der Amtsbezirk Adelsheim auf.

Die Zahl der **Gemeinden**, in denen sich Fabriken mit über 20 Arbeitern befinden, beträgt 479, in über einem Drittel unseres Landes hat sich also Fabrikindustrie niedergelassen. An erster Stelle nach der Zahl der Fabrikbetriebe steht Pforzheim, nach der Zahl der Arbeiter Mannheim. Das weitere ist aus nachstehender Tabelle über die Industrie der 16 großen Städte Badens ersichtlich:

	Einwohner am 16. VI. 1925	Zahl der Fabrikbetriebe mit 20 u. mehr Arbeitern	Zahl der Arbeiter in diesen Betrieben
Mannheim	247 486	228	43 787
Karlsruhe	145 694	110	16 134
Freiburg	90 475	76	5 120
Pforzheim	78 859	345	24 118
Heidelberg	73 034	51	4 862
Konstanz	31 252	21	1 621
Baden	25 692	13	1 318
Durlach	18 016	11	4 967
Offenburg	16 613	31	2 543
Bruchsal	16 469	39	2 590
Lörrach	16 011	25	3 422
Weinheim	15 793	23	5 933
Lahr	14 075	51	3 483
Rastatt	14 003	36	3 613
Villingen	13 982	25	2 868
Singen	11 470	12	4 219

Im ganzen lassen sich in Baden etwa **10 verschieden große Industriegebiete** unterscheiden, die meisten liegen in der Rheinebene oder in unmittelbarer Berührung mit dieser.

Im äußersten Südosten des Landes bildet **die Gegend am Bodensee** ein Industriegebiet für sich. Zu diesen gehören die Industrieorte am See selbst und in seiner Nähe, sowie an der südlichen Ausmündung der Schwarzwaldbahn. Die Zahl der Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern beträgt 85, darunter 20 Großbetriebe. Die wichtigsten Industrieorte dieser Gegend sind: Singen, Konstanz, Wollmatingen u. Radolfzell.

Im **östlichen Schwarzwald** ist schon seit dem 17. Jahrhundert die Uhrenindustrie heimisch, die in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts von der Hausindustrie zur Fabrikindustrie übergegangen ist. Im Anschluß an diese älteste Schwarzwaldindustrie hat sich eine ausgedehnte Metall- und Holzindustrie entwickelt. Im ganzen befinden sich dort etwa 160 Mittel- und Großbetriebe. Hauptfabrikorte sind: Villingen, St. Georgen, Furtwangen, Triberg, Horuberg und Neustadt.

Im **Wiesen- und Oberrheintal** hat sich unter dem Einfluß der Schweizer Industrie die Woll-, Baumwoll- und Seidenindustrie ausgebreitet. In jüngerer Zeit hat am Rhein selbst die elektrotechnische Industrie (Kraftwerke) große Bedeutung erlangt. Im ganzen liegen in diesem Industriegebiet 175 Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern, darunter 80 Großbetriebe. Von den 60 Industrieorten seien als wichtigste genannt: Lörrach, Schopfheim, Zell i. W., Rheinfelden, Säckingen und Waldshut.

Um die Ausgänge des **Dreisam- und Elztales** in die Rheinebene gruppiert sich ein weiteres Industriegebiet, in dem die Maschinenindustrie, Orgel- und Orchestrionfabrikation, Textil- und Papierindustrie heimisch sind. Es umfaßt 150 Fabriken (mit jeweils 20 und mehr Arbeitern) in 30 Fabrikorten, von denen besonders: Freiburg, Emmendingen, Waldkirch, Kollnau und Gutach hervorzuheben sind.

In der **ober- und mittelbadischen Rheinebene** dehnt sich nördlich vom Kaiserstuhl dem Schwarzwald entlang bis in die Gegend der Murg und Oos ein Gebiet aus, dem in erster Linie die Tabakindustrie besonderen Charakter verleiht. In 95 Orten befinden sich 365 Fabrikbetriebe, darunter 50 Großbetriebe. Die Sadt Lahr mit ihrer ausgedehnten Tabak-, Kartonnagen- und Lederindustrie ist der wichtigste Industrieort dieses Gebietes; ferner sind noch Offenburg und Kehl zu nennen.

Das Gebiet der **Murg und Oos** zählt im ganzen rund 100 Mittel- und Großbetriebe in 17 Gemeinden, unter denen besonders Rastatt, Gaggenau, Ottenau, Gernsbach, Gausbach und Forbach hervorragen. Vorwiegend ist hier die Maschinen-, Fahrrad- und Autoindustrie vertreten; auch Holzstoff-, Papier- und Pappeherstellung ist zu erwähnen.

Das nordwärts anschließende **Industriegebiet von Karlsruhe und Umgebung** kennzeichnet sich in erster Linie durch seine Maschinen- (besonders Nähmaschinen) und Fahrradindustrie. Es umfaßt 170 Mittel- und Großbetriebe, die sich auf 22 Gemeinden verteilen. Das industrielle Zentrum ist die Stadt Karlsruhe; recht industriereich sind auch Durlach und Ettlingen.

Ein auf Württemberg übergreifendes Industriegebiet ist **Pforzheim** mit 360 Mittel- und Großbetrieben, von denen nicht weniger als 345 in der Stadt Pforzheim selbst konzentriert sind. Der allergrößte Teil davon entfällt auf die Schmuckwarenindustrie.

Von Karlsruhe nordwärts durch die Rheinebene, badische Pfalz und das angrenzende Hügelland des Kraichgaues bis nach Weinheim an der Bergstraße zieht sich das **nordbadische Industriegebiet**. Auf 110 Industriegemeinden verteilen sich hier 765 Fabriken (mit 20 und mehr Arbeitern), darunter 175 Großbetriebe. Der größte Industrieplatz in diesem Gebiet u. von Baden überhaupt ist die durch ihre außerordentlich günstige Lage an der großen Wasserstraße — dem Rhein — ausgezeichnete Stadt **Mannheim**. Die nächstgrößeren Industrieplätze sind: Weinheim, Heidelberg, Bruchsal, ferner die Fabrikorte: Hockenheim, Sandhausen, Kirrlach, Walldorf usw.

Wenige Kilometer über den Hügelrand nach Osten verschwindet die Industrie, und das Land nimmt rein landwirtschaftlichen Charakter an.

In dem ganzen Gebiet, das den badischen **Odenwald, das Bauland** und das **fränkische Hügelland** umfaßt, sind nur rund 5000 Arbeiter in einigen großen industriellen Betrieben beschäftigt.

*

Die Verteilung der Betriebe **nach Größenklassen** wird aus einer Reihe von Aufstellungen ersichtlich. Von den 2408 Fabriken, in denen bei der Stichtagerhebung vom 16. Juni 1925 je 20 und mehr Arbeiter beschäftigt waren, entfielen auf die Größenklassen 20—50 Arbeiter: 1288, 51—100: 534, 101—200: 294, 201—500: 173, 501—1000: 42, über 1000: 27. Darnach herrscht also in der badischen Industrie noch heute der Klein- und Mittelbetrieb vor. In mehr als drei Viertel aller Fabriken (77,7 v. H.) werden unter 100 Arbeiter beschäftigt. Der Anteil der Großfabriken (mit mehr als 100 Arbeitern) an der Gesamtzahl der Fabriken macht noch nicht einmal ein Viertel aus (22,3 v. H.). Dieses Bild des Vorherrschens des Klein- und Mittelbetriebes hat sich bisher bei jeder Gewerbezählung vom Jahre 1861 an wiederholt. Der Anteil der Kleinfabriken (mit 20—50 Arbeitern) an der Gesamtzahl aller Fabriken betrug im Jahre 1861 rund 53 v. H., soviel wie heute; nur in den Jahren 1882 und 1899 war er unbedeutend höher. Während sich die Zahl der Kleinfabriken und ebenso die Gesamtzahl aller Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern im Laufe der letzten 60 Jahre nahezu versiebenfacht hat, beträgt die Zunahme der Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern nur das Sechsfache. Die landläufige Annahme, daß der Klein- und Mittelbetrieb in der Industrie mit zunehmender Entwicklung vom Großbetrieb aufgesaugt wurde, findet in der vorliegenden Statistik keine Bestätigung. Geht man freilich von der Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter aus, so zeigt sich, daß in den Großbetrieben mit mehr als 100 Arbeitern über 168 000, d. s. über zwei Drittel aller Arbeiter beschäftigt sind. In der chemischen Industrie steigt sogar der Anteil der in den Großbetrieben beschäftigten Arbeiter auf 85,9; in der Textilindustrie auf 88,0 und in der Gummi- und Lederindustrie sogar auf 91,9 v. H.

Hinsichtlich des Geschlechts der in Großbetrieben beschäftigten Personen machen sich interessante Unterschiede geltend. Während die Zahl der weiblichen Personen unter Zugrundelegung aller Betriebe 37 v. H. der Gesamtarbeiterschaft ausmacht, beträgt der Anteil der weiblichen Personen in den Großbetrieben nur 33,2 v. H.; daraus geht hervor, daß Frauen und Mädchen im Gegensatz zu ihren männlichen Berufsgenossen den Kleinbetrieb bevorzugen.

Die **20 größten Fabriken des Landes** werden nach der Größe der Arbeiterzahl aufgeführt. Es sind: Heinrich Lanz A.-G., Maschinenfabr., Mannheim; Benz & Cie., Rhein. Automobil- u. Motorenfabrik A.-G., Mannheim, jetzt Daimler-Benz A.-G., Mannheim; Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach; Benzwerke Gaggenau A.-G., Gaggenau (Amt Rastatt); Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik, Mannheim-Neckarau; Karl Freudenberg G. m. b. H., Weinheim; Brown Boveri & Cie., A.-G., Mannheim; Gesellschaft für Spinnerei und Weberei A.-G., Ettlingen; Zellstoffabrik Waldhof Mannheim; Junker & Ruh A.-G., Karlsruhe; Maggi G. m. b. H. Singen, Singen (Amt Konstanz); Eisenwerke Gaggenau A.-G., Gaggenau (Amt Rastatt); Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu A.-G., Karlsruhe; Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe A.-G. Karlsruhe; Gütermann & Cie. O.-H.-G., Gutach (Amt Waldkirch); Kollmar & Jourdan A.-G., Pforzheim; Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft, A.-G., Emmendingen; Motorenwerke Mannheim A.-G. vorm. Benz, Abtl. stationärer Motorenbau, Mannheim; Strebelwerk G. m. b. H., Mannheim; A.-G. der Eisen- und Stahlwerke vorm. Georg Fischer, Singen (Amt Konstanz).

Die Reihenfolge ändert sich, wenn man zur Arbeiterzahl der einzelnen örtlichen Betriebe die Zahl der in badischen Filialen beschäftigten Arbeiter hinzurechnet. Die 20 größten Firmen sind dann: Benz & Cie., Rhein. Automobil- und Motorenfabrik A.-G. Mannheim, jetzt Daimler-Benz A.-G., Mannheim; Heinrich Lanz A.-G., Maschinenfabrik, Mannheim; Rhein. Gummi- und Zelluloidfabrik A.-G., Mannheim-Neckarau; Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach; Karl Freudenberg G. m. b. H., Weinheim; Brown Boveri & Cie. A.-G., Mannheim; Gesellschaft für Spinnerei und Weberei A.-G., Ettlingen; Zellstoffabrik Waldhof A.-G., Mannheim-Waldhof; Gütermann & Cie., O. H.-G., Gutach (Amt Waldkirch); Junker & Ruh A.-G., Karlsruhe; Maggi G. m. b. H. Singen, Singen (Amt Konstanz); Eisenwerke Gaggenau A.-G. Gaggenau (Amt Rastatt); P. J. Landfried, Zigarrenfabrik, O. H. G., Heidelberg; Kollmar & Jourdan A.-G., Pforzheim; Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu A.-G., Karlsruhe; Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe A.-G., Karlsruhe; Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft, A.-G., Emmendingen; Berlin-Karlsruher Industriewerke A.-G., Karlsruhe; Motorenwerke Mannheim A.-G. vorm. Benz, Abtl. stationärer Motorenbau, Mannheim; Strebelwerk G. m. b. H., Mannheim.

Reichstarifverhandlungen für das Baugewerbe

In den vom 22. bis 25. Februar 1927 in Berlin abgehaltenen Sitzungen der paritätischen Kommission der Arbeitgeber und Bauarbeiterorganisationen ist eine **Einigung über sämtliche bisher besprochenen Punkte** erzielt worden. Über die Möglichkeit der Annahme oder Ablehnung des neu geschaffenen Vertrags, mit dem sich die **beteiligten Verbände** im Laufe des nächsten Monats befassen werden, läßt sich nichts voraussagen. Das bisherige Ergebnis und einige in Nebenpunkten strittigen Paragraphen sollen am 11. und 12. März redaktionell geordnet werden, weshalb der Inhalt des Vertragswerkes erst bekannt gegeben wird, wenn dies geschehen ist. Da die **Lohnabkommen** für das Baugewerbe am 28. Februar ablaufen, sind sie, um die Beratungen nicht zu stören, überall **bis 31. März verlängert** worden.

*

Lohnforderungen der Eisenbahn- und Reichsarbeiter. Den Blättern zufolge sind bei der Reichsbahn und auch bei den Reichsbehörden die **Lohnkündigungen** der Eisenbahn- und Reichsarbeiter eingetroffen, in denen um Anberaumung von Verhandlungen in der nächsten Zeit ersucht wird. Die neuen Lohnforderungen werden in erster Linie mit den zurückliegenden und den jetzt zu erwartenden Erhöhungen der Mieten begründet.

Einigung in der chemischen Industrie. Der im Reichsarbeitsministerium am 19. Februar für den Bereich der chemischen Industrie in der preußischen **Provinz Hessen und den Freistaaten Hessen** gefällte **Schiedsspruch** wurde von den Gewerkschaften **angenommen**. Nach einer erneuten Verhandlung haben die Arbeitgeber dem Schiedsspruch gleichfalls zugestimmt, nachdem gleichzeitig eine neue Vereinbarung dahingehend getroffen wurde, daß die neuen Lohnsätze höchstens zum 29. Febr. 1928 gekündigt werden können.

Beilegung der Streitigkeiten im oberschlesischen Bergbau. zur Schlichtung der Arbeitszeitstreitigkeiten im oberschlesischen Bergbau gefällte Schiedsspruch ist von allen Tarifparteien nach einer nochmaligen Aussprache im Reichsarbeitsministerium angenommen worden. Die Arbeitszeit ist damit bis 31. März 1928 tarifvertraglich geregelt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Genfer Tagungen im März

Neben der auf den 7. März einberufenen Tagung des **Völkerbundsrates** finden im Laufe des Monats März hauptsächlich Verhandlungen der Völkerbundsorgane über die Frage der **Abrüstung** statt. Am 14. März z. B. treten das Komitee des Völkerbundes und die Sonderkommissionen für die Kontrolle der privaten Herstellung von Waffen, Munition und Rüstungsmaterial zusammen. Am 16. März versammelt sich die Unterkommission B, welche von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus die auf dem Programm der bevorstehenden Konferenz stehenden Fragen prüfen soll. Am 21. März endlich beginnen die Sitzungen der **Kommission für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz,** auf welcher 20 Regierungen, darunter die Vereinigten Staaten, vertreten sind.

Die Tagung der Organe, die vom Völkerbund damit betraut sind, das Problem der Abrüstung unter den verschiedenen Gesichtspunkten zu studieren, wird einen Überblick gestatten über den auf dem Gebiete der technischen und politischen Vorbereitung der Konferenz für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen erzielten Fortschritt. Die vorbereitende Kommission wird daher schon zu Beginn der am 21. März anfangenden Tagung imstande sein, an das Problem in seiner Gesamtheit heranzutreten und das Programm der kommenden Abrüstungskonferenz auszuarbeiten. Bekanntlich hat Präsident **Coolidge** bei den Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan die Anregung gegeben, zu gleicher Zeit mit der Tagung dieser Kommission den Versuch zu unternehmen, eine Ausdehnung der Grundsätze der Konvention von Washington auf alle Schiffskategorien zu vereinbaren.

Außerdem werden sich die Völkerbundsorgane auch weiterhin in Sonderzusammenkünften mit der **wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung Europas** befassen. Das am 2. März zusammentretende Finanzkomitee wird an das Studium eines Planes für die Zusammenstellung genauer statistischer Informationen über die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der verschiedenen Staaten herantreten und zwar mit Rücksicht auf die Möglichkeit der Anwendung des Artikels 16 des Völkerbundspaktes (Wirtschaftsblockade). Es wird auch beraten über die Maßnahmen betreffend die Leistungen der im gleichen Artikel 16 vorgesehenen finanziellen Hilfe und insbesondere über den von der finnländischen Regierung gemachten Vorschlag betreffend Gewährung von ergänzenden Garantien für die Wahrung der finanziellen Sicherheit der in besonders ungünstiger Lage befindlichen kleinen Staaten, die das Opfer eines Angriffes werden sollten. Weitere Verhandlungen, die im Laufe des März stattfinden werden, betreffen die Forderung der Kodifizierung des internationalen Rechts auf Vereinheitlichung und Koordinierung der Arbeiten der Hygienehilfe und des Ausbaues des Schulunterrichts über Zweck und Ziel des Völkerbundes.

*

Die Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes trat am Montag in **Genf** zu ihrer zehnten Sitzung zusammen. Die Komission, in der zum erstenmal ein deutsches Mitglied, **Seeliger,** anwesend ist, begann mit der Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Den Beratungen wohnen auch der Generalsekretär der rheinischen Zentralkommission, **Ostie,** der Generalsekretär der Internationalen Luftschiffahrtsvereinigung im Haag, **van den Berch, van Heemstede** und der Generalsekretär der International. Luftschiffahrtskommission, Albert **Roper,** bei.

Die deutsche Delegation

Staatssekretär v. **Schubert** begibt sich nach einer Meldung der „Germania" voraussichtlich bereits heute, Dienstag, nach San Remo, um von dort aus gemeinsam mit dem **Reichsaußenminister** nach Genf zu der am nächsten Montag beginnenden Tagung des Völkerbundsrates zu fahren. Der Völkerbundsreferent des Auswärtigen Amtes, Geheimrat v. **Bülow,** wird wahrscheinlich am Freitag abend nach Genf abreisen.

Die württembergische Nord-Süd-Linie

In Stuttgart wurde ein Staatsvertrag zwischen der württ. Regierung und der Reichsbahngesellschaft über den **zweigleisigen Ausbau** der württembergischen Nord-Südstrecke Osterburken—Immendingen (Hattingen) unterzeichnet. Der Vertrag bedarf noch der Zustimmung des württembergischen Landtags, sowie des Verwaltungsrats der Reichsbahn. Die Reichsbahngesellschaft verpflichtet sich, folgende Strecken bis zum Jahre 1932 zweigleisig auszubauen: 1. Osterburken—Jagstfeld. 2. Herrenberg—Eutingen. Innerhalb 6 Jahren ist auszubauen: Rottweil—Tuttlingen—Hattingen. Als letzte Teilstrecke wird Horb—Rottweil ausgebaut.

Im Zusamenhang mit diesem Vertrag ist ein Vertrag der Reichsbahngesellschaft mit der **Stadt Stuttgart** zustandegekommen. In diesem Vertrag verpflichtet sich die Reichsbahngesellschaft zum **Ausbau des Hauptbahnhofs Stuttgart** einschließlich der Vorortstrecken bis Ludwigsburg und Plochingen.

Im Rahmen des Ausbaues der Teilstrecke Herrenberg—Eutingen erfolgt die Umlegung des Bahnhofes Eutingen in Richtung Ergenzingen. Damit fällt die Spitzkehre Eutingen auf der Strecke nach Freudenstadt weg, so daß eine Durchführung der Züge Freudenstadt—Stuttgart künftighin möglich wird. Ferner wird die Spitzkehre Immendingen dadurch beseitigt, daß der Bahnkörper direkt den Anschluß an die Hauptstrecke in Hattingen unter Umgehung Immendingens erreicht. Die Arbeiten für den Gesamtausbau der Nord-Südstrecke durch Württemberg beginnen am **1. April** dieses Jahres. Die Kosten sind veranschlagt: für die Teilstrecke Osterburken—Jagstfeld auf 8 Millionen, für die Teilstrecke Herrenberg—Eutingen auf 5 Millionen, für die Teilstrecke Horb—Rottweil auf 27 Millionen einschließlich des Umbaus der Bahnhöfe Horb und Rottweil, für die Teilstrecke Rottweil—Tuttlingen—Hattingen auf 20 Millionen einschließlich des Umbaues des Bahnhofes Tuttlingen. Die im Vertrag mit der Stadt Stuttgart vorgesehenen Arbeiten einschließlich des Ausbaues des Bahnhofs Stuttgart erfordern 24 Millionen, im ganzen also entsteht ein Kostenaufwand von 84 Millionen.

Die im Staatsvertrag **Württembergs** mit der Reichsbahngesellschaft vorgesehene Gesamtsumme von 60 Millionen wird folgendermaßen aufgebracht: Der württembergische Staat überläßt der Reichsbahngesellschaft ein **Darlehen von 30 Millionen,** das auf 10 Jahre zu 4 v. H. gewährt wird. Diese Summe wird verwendet zum Ausbau der Strecke Rottweil—Tuttlingen—Hattingen, der Rest von 10 Millionen wird zum Ausbau der Strecke Horb—Rottweil verwendet. Die fehlenden 17 Millionen für den Ausbau dieser Strecke versucht die Reichsbahngesellschaft aus **Reichsmitteln** zu erhalten. Die Finanzierung des Ausbaus der Teilstrecken Jagstfeld—Osterburken und der Teilstrecke Herrenberg—Eutingen übernimmt die Reichsbahngesellschaft.

Die Finanzierung der in dem Vertrag mit Stuttgart vorgesehenen Bauarbeiten, die im ganzen 24 Millionen beanspruchen, erfolgt in der Form, daß die Stadt Stuttgart davon 5 Millionen übernimmt, die sie in Form eines Darlehens auf 10 Jahre zu 4 v. H. der Reichsbahngesellschaft gewährt. Die Darlehen bei beiden Verträgen werden ratenweise innerhalb 6 Jahren gezahlt. Das Darlehen des württ. Staates soll in Form einer Anleihe aufgebracht werden.

Politische Neuigkeiten

Die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes

Montag nachm. fand im Hause des Staatssekretärs v. **Schubert** in Berlin anläßlich des Abschlusses der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes eine **Festlichkeit** zu Ehren der Herausgeber Dr. **Thimme** und Professor **Mendelssohn-Bartholdi** statt, zu der u. a. Staatssekretär **Meißner,** die Direktoren des Auswärtigen Amtes, der Leiter des Schuldenreferates Dr. **Stieve,** Exz. **Rosen,** Gouverneur **Schnee,** Professor Hans **Delbrück** und Graf Max **Montgelas** erschienen waren.

Staatssekretär von **Schubert** dankte den Herausgebern in einer längeren Ansprache im Namen des Ministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, für die von ihnen geleistete Arbeit. Er führte u. a. aus: Wir haben in rückhaltloser Offenheit die Schleier von unseren tiefsten politischen Geheimnissen gezogen, um **jedem, der die Wahrheit wirklich sucht,** die Möglichkeit zu geben, sie zu finden. Die Vollstrecker dieses Beschlusses, die Herausgeber der Aktenpublikation, haben sich um **uns alle** in hohem Maße verdient gemacht. Ihr Werk ist ein Denkmal für die jüngste deutsche Vergangenheit und zugleich ein überaus wertvolles Vermächtnis an kommende Geschlechter.

Im Anschluß daran überreichte Staatssekretär von Schubert den Herren Dr. **Thimme** und Professor **Mendelssohn** je ein **Dankschreiben des Reichspräsidenten.** Außerdem erhielt Dr. Thimme als besonderes Zeichen dankbarer Anerkennung eine Bronzeplakette. In dem Handschreiben des Reichspräsidenten heißt es u. a.: „Die Enthüllungen auch der letzten Geheimnisse unserer diplomatischen Ziele und Handlungen ist die rückhaltlos **offenherzige Antwort** auf die gegen Deutschland gerichteten Anklagen hinsichtlich der Verantwortung für den Weltkrieg. In sechs Jahren angestrengtester Arbeit haben Sie mit unermüdlichem Fleiß, mit wissenschaftlicher Umsicht und mit selbstloser Hingabe an die Ihnen gestellte Aufgabe eine Leistung vollbracht, die uneingeschränkte Anerkennung finden muß."

Das neue Strafgesetzbuch

Im Rechtsausschuß des preußischen Landtags hielt der Generalberichterstatter für das neue deutsche und österreichische Strafgesetzbuch im Reichsrat, der Ministerialrat des preußischen Justizministeriums, **Schäfer,** einen Vortrag über die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs.

Der Entwurf des neuen deutschen und österreichischen Strafgesetzbuches ist im November 1925 dem Reichsrat vorgelegt worden. Nachdem die einzelnen Länder ihr Gutachten dazu erstattet hatten, wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, in dem das Reich, Preußen, Sachsen und Österreich durch je einen Delegierten vertreten waren und dem außerdem der Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer angehörte. Dieser Ausschuß hat den Entwurf durchgeabeitet und der Reichsrat hat Ende 1926 die erste Lesung des Entwurfs beendet. Am 4. März d. J. traten die Chefs der Justizverwaltungen der Länder zusammen, um die noch strittigen Punkte endgültig zu entscheiden. Im April wird sich der Reichsrat noch einmal zusammenfassend mit dem Entwurf beschäftigen, der noch in diesem Reichstag verabschiedet werden soll.

Preußen ist für die Beibehaltung der **Todesstrafe** im neuen Entwurf eingetreten, entsprechend den Beschlüssen, die die Mehrheit des preußischen Landtages gefaßt hat. Preußen hat auch in einem Gutachaten erklärt, daß es jetzt noch nicht die Zeit für gekommen hält, ein einheitliches Strafsystem aufzustellen, um den Unterschied zwischen Zuchthausstrafe und Gefängnisstrafe aufzuheben. Das Gutachten Preußens tritt aber für die völlige **Beseitigung der Festungshaft** ein, die nur eine Klassenstrafe für die bevorzugten Stände darstelle.

Der Viehstand im Deutschen Reich

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Viehzählung am 1. Dezember 1926 weist die Viehhaltung im Deutschen Reiche ohne das Saargebiet im ganzen folgende Bestände auf: Pferde 3 868 600 (1. Dezember 1925: 3 916 900), Rindvieh: 17 185 300 (17 202 300), Schweine: 19 412 500 (16 199 600), Ziegen: 3 477 500 (3 796 500), Gänse: 5 484 200 (5 339 400), Enten: 2 410 500 (2 042 800), Hühner: 67 636 600 (63 674 100). Ein stärkerer Rückgang ist nur bei Schafen und Ziegen zu verzeichnen, während bei den Schweinen, z. T. auch beim Federvieh, die Zunahme eine sehr beträchtliche ist. Der Bestand an Milchkühen ist besonders stark in bayerisch Schwaben, Niederbayern und Südwestwürttemberg. So entfallen in Schwaben auf 1000 Einwohner über 350 Milchkühe. Als hauptsächlichste Schweinezuchtgebiete wurden festgestellt: Die Provinz Schleswig-Holstein, der größte Teil von Hannover, Nordwestfalen und Oldenburg. Verglichen mit der Vorkriegszeit zeigt die deutsche Viehhaltung bei verschiedenen Tierarten wichtiger Art einen geringeren Bestand, z. B. bei Schweinen und Schafen, während der Rinderbestand fast wieder den Vorkriegsstand erreicht hat.

Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten

Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des **Monats Februar** auf 145,4 gegen 144,6 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,6 Proz. **erhöht.** Die Steigerung ist auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen, die bis auf Fleisch und Fleischwaren sowie Eier, sämtlich angezogen haben. Die Inderziffern für die einzelnen Gruppen betragen 1913/14 gleich 100) für Ernährung 152,3, für Wohnung 104,9, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 156,4, für den sonstigen Bedarf einschließlich dem Verkehr 182,0.

Deutschland und die englisch-russischen Beziehungen

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph" schreibt: Die Besorgnis der deutschen öffentlichen Meinung über die gewisse Spannung der englisch-russischen Beziehungen wird, wie ich höre, von der deutschen Regierung geteilt. Dr. **Stresemann** soll sehr wachsam sein und die Möglichkeit seiner Rückkehr nach Berlin vor dem Zusammentritt des Völkerbundes, auf dessen Sitzung er den Vorsitz führen wird, erwägen. Inzwischen hat er Lord d'Abernon einen Besuch abgestattet, der in der Lage gewesen sein dürfte, den deutschen Minister wegen irgendwelcher grundsätzlicher Mißverständnisse zu beruhigen, die in Berlin hinsichtlich der Grundsätze der britischen Politik entstanden sind. Der Korrespondent erklärt für **unrichtig** die „in Deutschland und Europa verbreiteten Nachrichten", daß Großbritannien **Polen** eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling versprochen habe, wofür Polen englisches, statt wie bisher französisches Kriegsmaterial einkaufen werde, zweitens, daß Großbritannien, welches Polen als Sturmblock gegen Rußland zu gebrauchen wünsche, versprochen habe, keine Revision der **deutsch-polnischen Grenze** während einer Periode von 15 bis 25 Jahren zuzulassen und drittens, daß das Fehlen einer Bezugnahme auf die **Rheinlandräumung** auf der **Tagung** des Völkerbundsrates auf polnischen Druck zurückzuführen sei.

Das **Befinden des Reichstagspräsidenten Löbe** war auch heute, Dienstag früh, ausgezeichnet. Auch der objektive Befund der Ärzte war in jeder Hinsicht zufriedenstellend.

Die englische Antwort auf den Vorschlag Coolidges

In der englischen Antwort auf Coolidges Abrüstungsvorschlag wird, wie einer Meldung aus London zufolge verlautet, die englische Regierung mitteilen, daß sie bereit sei, an den von Coolidge vorgeschlagenen Besprechungen teilzunehmen.

Auf eine Anfrage Macdonalds im Unterhaus erklärte Chamberlain, die Antwort spreche die Sympathie der britischen Regierung für die Vorschläge Coolidges aus und nehme die Einladung an. Sie sage weiter, daß die britische Regierung sich bemühen werde, den Erfolg der Konferenz zu sichern. Sie bemerkt indessen, daß das Verhältnis besagter Konferenz zu den Arbeiten der Genfer vorbereitenden Kommission sorgfältig erwogen werden müsse, Chamberlain stellte dann fest, daß alle Dominions die Antwort gebilligt hätten mit Ausnahme des irischen Freistaates, der noch nicht geantwortet hätte.

Eine Entschließung der Deutsch-Konservativen. Der weitere Vorstand der Deutsch-Konservativen Partei faßte, wie aus **Berlin** gemeldet wird, einstimmig eine Entschließung, in der es heißt: „Wir Konservativen stehen in unbeirrbarer Treue zum Monarchengedanken und zum angestammten Herrscherhause. Wir bekennen den Willen zur Befreiung und zu einer Außenpolitik, die durch Würde sich Achtung gewinnt. Die Partei hat sich bei ihrer Mitarbeit in der Deutschnationalen Volkspartei ihre volle Selbständigkeit ausdrücklich bewahrt."

Die Verhandlungen der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums. Zu den Blättermeldungen, daß sich die Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstage für die Einleitung von Verhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und der Zentrumspartei wegen einer engeren praktischen Zusammenarbeit ausgesprochen habe, teilt die „Bayerisch-Volksparteiliche Korrespondenz" mit, daß die Angelegenheit sich zunächst **im Stadium der Vorbereitung** befindet. Ein glückliches Ergebnis der gegenwärtigen Vorverhandlungen würde wesentlich dadurch bestimmt werden, wie die Schwierigkeit gelöst werden könne, die sich daraus ergebe, daß die Zentrumspartei eine eigene Parteiorganisation auf dem Boden der Rheinpfalz unterhalte.

Die Linkskoalition in Thüringen gescheitert. Die Bemühungen des sozialdemokratischen Abg. Brill, eine thüringische Regierung von den **Demokraten bis zu den Kommunisten** zu bilden, scheinen ergebnislos zu verlaufen. Nicht nur Demokraten und Sparer halten die Zusammenarbeit mit den Kommunisten für unmöglich, sondern auch ein großer Teil der thüringischen Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die Kommunisten in der Regierung bald Schwierigkeiten machen würden. Nun wird sich voraussichtlich ein Vertreter des Landbundes um eine bürgerliche Regierung mit Einschluß der Demokraten und Sparer bemühen.

Eine unglaubliche Entscheidung gegen Danzig. In dem Danzig-polnischen Streitfall über die Zahl der im **Danziger Hafen** zu beschäftigenden **polnischen Arbeiter** hat der Danziger Völkerbundskommissar **van Hamel** nunmehr eine Entscheidung gefällt, nach der der Hafenausschuß zur Hälfte Arbeiter polnischer Staatsangehörigkeit und zur Hälfte Danziger Staatsangehörigkeit beschäftigen soll. Wenn man berücksichtigt, daß Danzig zu **97 Prozent seiner Bevölkerung deutsch** und nur zu drei Prozent polnisch ist und ferner, daß infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Danzig zur Zeit große Arbeitslosigkeit herrscht, so bedeutet diese Entscheidung eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegen die deutsche Danziger Bevölkerung.

Kurze Nachrichten

Notenaustausch über das Kriegsmaterialabkommen. Das Abkommen, das in der Frage des Kriegsmaterials zwischen der Botschafterkonferenz und der deutschen Reichsregierung abgeschlossen wurde, ist durch einen Notenaustausch bestätigt worden. Die Noten sind von **Briand** in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Botschafterkonferenz und von dem deutschen Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat Dr. **Rieth,** unterzeichnet worden.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, Ministerialdirektor **Posse,** ist am Sonntag mit den Mitgliedern der Delegation nach Paris abgereist. Die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Delegationen werden am heutigen 1. März aufgenommen.

Keine Vertagung der Freigabebill. „Associated Preß" meldet aus **Washington:** Die Meldung von der Absetzung des Gesetzentwurfs über die Freigabe des deutschen Eigentums von der Tagesordnung der noch in dieser Session zu beratenden Gegenstände durch den Senat ist nicht zutreffend. Die Bill liegt dem Senat noch vor und eine neue Entscheidung über das Schicksal der Vorlage ist vom Senat nicht getroffen worden.

Aussprache mit den Vertretern der Saargewerkschaften. In **Berlin** fand am Montag zwischen Vertretern der beteiligten Reichsministerien und den Vertretern der Saargewerkschaften eine informatorische Aussprache statt, zu der auch ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie erschienen war. Besprochen wurden die mit der Niederschlagung der Saarzölle zusammenhängenden Fragen sowie auch Fragen der Sozialversicherung.

Ein polnischer Ausweisungsbefehl berichtigt. Nachrichten aus **Kattowitz** zufolge ist der im November v. J. gegen den Generaldirektor der Verwaltung der Graf Henckel-Donnersmarckschen Werke, **Schulz,** erlassene Ausweisungsbefehl berichtigt worden. Generaldirektor Schulz behält seinen Wohnsitz in Ostoberschlesien noch ein halbes Jahr bei und erhält dann die Genehmigung, so oft er will nach Ostoberschlesien zu fahren, um dort sein Amt auszuüben.

Keine englische Replik auf die Note der Sowjetregierung. Im englischen Unterhause erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, daß die britische Regierung die Note der Sowjetregierung nicht beantworten werde.

Masaryks Auslandsreise. Der tschechoslowakische Staatspräsident Masaryk, der in der nächsten Woche eine Erholungsreise nach dem Süden antritt, wird sich zuerst in Begleitung des Außenministers Dr. **Benesch** nach **Genf** begeben. Es geschieht zum erstenmale, daß ein Staatsoberhaupt den Völkerbund während seiner Tagung besucht. Von Genf reist Masaryk nach Italien, Ägypten und Palästina.

Verschiedenes

135 englische Bergarbeiter verschüttet

WTB. **London,** 1. März (Teh) Heute vormittag wurden durch eine Explosion in einem Steinkohlenbergwerk in **Wales** 135 Bergarbeiter verschüttet. Etwa 60 von ihnen gelang es, sich an die Oberfläche emporzuarbeiten. Mehrere Arbeiter mußten ins Krankenhaus übergeführt werden. Die Rettungsarbeiten waren bisher erfolglos. Das Schicksal der noch verschütteten Bergleute ist ungewiß.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Eine Regierungsdenkschrift zur Wohnungsfrage

I.

Dem Badischen Landtag ist in diesen Tagen die angekündigte Denkschrift über **Wohnungsnot und Förderung des Wohnungsneubaues durch Aufnahme von Anlehen** zugegangen. Sie beschäftigt sich zunächst

mit der Entwicklung des Wohnungsbedarfs und des Wohnungsbaues seit der Denkschrift vom 21. Januar 1925.

In dieser war der Fehlbetrag an Wohnungen in Baden auf 25 000 Wohnungen und der jährliche Neubedarf auf mindestens 6000 Wohnungen berechnet. Um die Wohnungsnot in 5 Jahren zu beseitigen, hätten deshalb jährlich zur Deckung des Fehlbedarfs 5000 und des Neubedarfs 6000, insgesamt 11 000 Wohnungen erstellt werden müssen. Die Denkschrift nahm gegenüber den Friedensbaukosten eine Überteuerung von 36 Proz. an und als durchschnittliches Baudarlehen 4000 Goldmark für die Wohnung. Zur Förderung von 7000 Wohnungen mit Baudarlehen wären also jährlich 28 Millionen Goldmark **nötig** gewesen.

Wie die nachstehende Übersicht ergibt, sind aber die **Baukosten** in der Folgezeit **erheblich gestiegen**; die Überteuerung gegenüber den Friedensbaukosten betrug:

1. 1. 1925	45 Proz.	1. 1. 1926	97 Proz.
1. 4. 1925	63 „	1. 4. 1926	93 „
1. 7. 1925	90 „	1. 7. 1926	66 „
1. 10. 1925	103 „	1. 10. 1926	50—60 „
		1. 1. 1927	50—60 Proz.

Die für die Förderung des Wohnungsbaues aufgewendeten öffentlichen **Mittel** trugen dieser Steigerung der Baukosten keine Rechnung, sie blieben trotz der Erhöhung der Mieten und der Gebäudesondersteuer und der von den Städten aufgenommenen Anlehen sogar noch hinter dem errechneten Betrag zurück. Es haben aufgewendet:

I. Wohnungsverbände:

Rechnungsjahr	Land (allg. Wohnungbaudarlehen)	aus Landesmitteln	aus eigenen Mitteln	zusammen
1924	2 700 000	1 483 600	1 035 740	2 519 340
1925	5 177 800	2 062 801	2 068 069	4 130 870
zusammen	7 877 800	3 546 401	3 103 809	6 650 210

II. Verbandsfreie Gemeinden:

Rechnungsjahr	aus Landesmitteln	aus eigenen Mitteln	zusammen	Zusammen Wohnungsverbände und verbandsfreie Gemeinden
1924	1 616 400	17 154 461	18 770 861	21 290 201
1925	3 649 400	20 090 778	23 740 178	27 871 048
zusammen	4 265 800	37 245 239	42 511 039	49 161 249

Die Bautätigkeit ohne Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln ging seit dem Jahre 1924 stark zurück, da das Eigenkapital bei vielen, die bauen wollten, durch die Inflation verzehrt war, und da langfristige Hypothekengelder nur mit besonderen Schwierigkeiten und nur zu hohem Zins von 10 bis 15 Prozent erhältlich waren. Es wurden Wohnungen erstellt:

im Baujahr	im ganzen	mit Baukostenbeihilfen	ohne Baukostenbeihilfen
1919	2 011 } 7 656	5 268	2 388
1920	5 645 }		
1921	5 827	3 018	2 809
1922	7 708	4 632	3 076
1923	5 862	2 612	3 250
1924	4 944	2 383	2 561
1925	7 867	5 219	2 648
1926	8 310	6 564	1 746

Im Jahre 1925 wurde erstmals wieder wie im Jahre 1922 der Neubedarf an Wohnungen gedeckt und außerdem etwas vom Fehlbetrag.

Der jährlich entstehende Neubedarf bewegt sich jetzt wieder in normalen Bahnen, wie die **Zahl der Eheschließungen** ergibt.

Diese entsprach im Jahre 1924 dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre, im Jahre 1925 ist eine leichte Steigerung eingetreten, die sich durch die Zunahme der Bevölkerung erklären dürfte.

Der Haushaltsgewinn beträgt bei einer nach der Denkschrift vom 21. Januar 1925 durchgeführten Berechnung für das Jahr 1924 = 5083, für das Jahr 1925 = 6552. Der in der Denkschrift angenommene Neubedarf von jährlich mindestens 6000 Wohnungen findet also in diesen Zahlen seine Bestätigung.

Die Volkszählung vom 16. Juni 1925 läßt keine unmittelbaren Schlüsse auf den Stand der Wohnungsnot zu. Aus einer Gegenüberstellung der Zunahme der Bevölkerung und der Haushaltungen ergibt sich jedoch, daß die Haushaltungen immer noch stärker zugenommen haben, als die Bevölkerung. Für die Wohnungsfrage ist dies insofern von Bedeutung, als der Wohnungsbedarf sich **nicht** in erster Reihe nach dem Stand der Bevölkerung, sondern nach der Zu- oder Abnahme der Haushaltungen richtet.

Die nachstehenden Ergebnisse der von den Städten über 10 000 Einwohner regelmäßig geführten Statistik über den Stand des Wohnungsbedarfs sprechen dafür, daß der **Wohnungsbedarf** noch in fast **unverminderter Höhe fortbesteht.** Es betrug hiernach die Zahl der **wohnungsuchenden Haushaltungen:**

	im ganzen	davon wohnungslose Familien	davon in Notwohnungen	Dringliche od. vordringliche Wohnungsgesuche
auf 1. Januar 1922	15 605	1 529	9 285	10 861
„ 1. Januar 1923	30 666	5 132	20 078	13 811
„ 1. Januar 1924	31 710	4 492	21 791	16 045
„ 1. Januar 1925	29 851	4 459	21 254	16 865
„ 1. Januar 1926	28 784	4 540	29 288	17 542
„ 1. Oktober 1926	25 191	4 140	17 298	16 592

Einen näheren Aufschluß über den Stand der Wohnungsfrage wird die für das Frühjahr 1927 vorgesehene Reichswohnungszählung geben.

Aus den oben mitgeteilten Zahlen kann man jedoch mit ziemlicher Sicherheit den Schluß ziehen, daß die **Wohnungsnot** in den letzten zwei Jahren zwar **etwas, aber doch nicht wesentlich gemildert** worden ist. Schuld an dem geringen Fortschritt ist das Bleigewicht des in den Kriegs- und Nachkriegsjahren entstandenen **Fehlbedarfs an Wohnungen,** das wir immer weiter mitschleppen müssen.

II.

Förderung des Wohnungsbaues durch Aufnahme von Anlehen

I. Die Wohnungsnot ist, wie sich aus Vorstehendem ergibt, immer noch so groß, daß sie sich störend in Wirtschaft und Privatleben geltend macht und in vielfach unerträglichem Maße die öffentlichen Behörden in Anspruch nimmt. Aber nicht allein im Interesse des zur Zeit wohnungslosen oder nur in Notwohnungen untergebrachten Teiles der Bevölkerung sollten weitere Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellt werden, auch die dringend nötige Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit,** unter der zur Zeit die Wirtschaft leidet, läßt eine in möglichst raschem Zeitmaß fortschreitende Bautätigkeit als höchst erwünscht erscheinen.

Da das **Baugewerbe** Schlüsselgewerbe ist und befruchtend und anregend auf die anderen Zweige der Wirtschaft einwirkt, ist besonders **seine** Förderung für das ganze übrige Wirtschaftsleben von größter Bedeutung.

Die Baukosten — Material und Arbeitslöhne — betragen zur Zeit immer noch etwa das 1½fache der Friedensbaukosten. Die Hypothekenzinsen bewegen sich noch in einer Höhe, die dem privaten Bauherrn ein Bauen nur ermöglicht, wenn er Mieten fordert, die für den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung unerträglich sind; es ist ausgeschlossen, daß der auf Anmieten einer Wohnung angewiesene Teil der Bevölkerung Mieten zahlt, die etwa das 2½fache der Friedensmiete betragen. Sollen aber, wie es dem Bedürfnis weitester Kreise entspricht, die Mieten auf einer erträglichen Höhe gehalten werden, so muß die vom Bauherrn zu tragende Zinsenlast wesentlich verbilligt werden. Dieses Ziel ist bisher dadurch erreicht worden, daß die zu diesem Zwecke eigens geschaffenen Wohnungsverbände aus den an sie abzuführenden Anteilen an der Gebäudesondersteuer sowie aus den ihnen zur Verfügung gestellten, besonders im außerordentlichen Etat des Staatshaushalts angeforderten Mitteln wieder verzinsliche Baudarlehen an die einzelnen Bauherren gewährt haben. (Schluß folgt.)

Badisches Landestheater

Fastnacht-Cabaret

Die ganze bunte Fastnachtswelt ist ins Landestheater eingezogen. Minuten, die man dort versäumt, wiegen schwer wie Gold, oder deutlicher gesagt: Selbst der dem Cabaret Oppositionellste muß bekennen, daß diesmal die Kleinkunst eine gewisse Stabilität erlangt hat.

Die Verantwortung für all den süßen Blödsinn, der da als wilder Honig aufgetischt wird, schüttelt Dr. **Hans Waag** in höchsteigener Person mit leichter Schulter ab. Und es gelingt ihm tadellos, weil er als erfahrener Leiter und spottlustiger Ansager die heitere Muse, ansonsten ein Sorgenkind Terpsichores, am richtigen Fleck erwischt hat. Vor allem mit seinen **Tillergirls** hat er sich als Tanzastreologe erster Klasse erwiesen. Ein exzentrischer Star großer Revüen könnte zudem **Edith Bielefeld** sein, die sich der speziellen Dressur der diversen Tanzbeine mit penibler Sorgfalt unterzogen hat und selbst reizendste Bildbeigabe bleibt. Um nicht im widerwärtigen Aufklärerton einer ernsten Kritik die fröhliche Tollheit des Programms allzusehr zu zerpflücken, sei von den Dingen, die ein verhüllender Zwischenvorhang so nach und nach kaleidoskopisch enthüllt, nur noch besonders die ungeheuerliche Komik der aufregenden Angelegenheit auf „a", dann das Wettsingen der Bruchhauser sowie das „Vorstadtquartett" hervorgehoben. Auch sonst springen genug Funken, die entzünden können. Eine sensationelle Andeutung der Namen **Paul Müller** und **Waldemar Leitgeb** möge jedoch genügen. **Auch** heute abend, wenn zum dritten Male die Hauptakteure aus Oper und Schauspiel bei rauschender Orchesterfülle und mit **Josef Krips** als Vorgeiger die „Valencia brigantina" heruntertrommeln, wird das ausverkaufte Haus wie gestern **und** vorgestern von Beifall dröhnen und mit solch freudiger Zustimmung offenkundig beweisen, daß der Pakt, den für die Fastnacht 1927 das Landestheater mit dem Prinzen Karneval abgeschlossen hat, über alles Erwarten gut und zeitgemäß ist.

H. Sch.

Ludwig v. Zumbusch †. In **München** verstarb der Maler Prof. Ludwig Ritter v. Zumbusch im Alter von 65 Jahren.

Präsident Dr. Glockner

Der Präsident des badischen Verwaltungsgerichtshofes, Geheimrat Dr. jur. Dr. phil. h. c. Karl Glockner tritt mit dem heutigen Tage in den **Ruhestand.** Damit findet eine außerordentlich glänzende und erfolgreiche, mehr als vierzigjährige Laufbahn im Dienste des badischen Staates ihren Abschluß. Dr. Glockner ist im Jahre 1861 in Freiburg geboren, studierte in Freiburg, Leipzig und Heidelberg Rechtswissenschaft, wurde 1883 Rechtspraktikant, 1887 Referendar, kam im Jahre 1888 in das Ministerium des Innern, 1890 als Amtmann nach Mannheim, 1891 nach Breisach, wo er Oberamtmann und Amtsvorstand wurde, und 1893 als Ministerialrat in das Ministerium des Innern, wo er 1906 zum **Ministerialdirektor** aufrückte. 1908 erhielt er den Rang eines Geheimerats, 1913 wurde er als Nachfolger Dr. Lewalds zum **Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes** ernannt, nachdem er den Posten des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim, der ihm angetragen worden war, abgelehnt hatte.

Präsident Dr. Glockner gehört zu jenen vorbildlichen Persönlichkeiten, die ihre unermüdliche Arbeitskraft, ihre reichen Kenntnisse und Erfahrungen über ihren engeren Berufskreis hinaus, opferbereit und uneigennützig in den Dienst der Öffentlichkeit stellen. Dem **badischen Landtag** gehört Dr. Glockner als Mitglied und Chef der demokratischen Fraktion seit 1913 an. Er war von 1913 bis 1918 Mitglied der Ersten Kammer und wurde dann im Jahre 1919 als demokratischer Abgeordneter in die Verfassung gebende Nationalversammlung gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses hatte er an dem Zustandekommen der neuen badischen Verfassung hervorragenden Anteil, nachdem er schon unmittelbar nach der Staatsumwälzung auf Veranlassung der vorläufigen Volksregierung in Gemeinschaft mit dem inzwischen verstorbenen Oberlandgerichtspräsidenten Dr. Zehnter und dem früheren Rechtsanwalt Dr. Friedrich Weill einen Entwurf für die neue badische Verfassung ausgearbeitet hatte. Im Landtag 1920/21 war er Vorsitzender des Verfassungsausschusses, in dem dann folgenden Landtag und im jetzigen Landtag bekleidet er das wichtige Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltausschusses. An allen Gesetzesvorlagen, die den Landtag beschäftigten, hat er an hervorragender Stelle mitgearbeitet. Seine hohe juristische Begabung, seine Erfahrung und sein sachliches und sicheres Urteil haben auch bei allen anderen Parteien Anerkennung und Wertschätzung gefunden. Wenn jetzt Dr. Glockner nach jahrzehntelanger verdienstvoller Beamtentätigkeit in verantwortungsreichen Stellungen aus dem badischen Staatsdienst scheidet, so bleibt doch seine große Arbeitskraft als **Parlamentarier** dem badischen Lande, um das er sich unbestrittene Verdienste erworben hat, erhalten.

Hochwasser

DZ. **Heidelberg,** 28. Febr. Infolge Regen- und Schneeschmelze führt der Neckar seit gestern Abend **Hochwasser.** Heute morgen zeigt der Pegel 3,21 Meter. Das Wasser stieg heute vormittag langsam um 5 Zentimeter in der Stunde. Die Schiffahrt ruht.

DZ. **Villingen,** 28. Febr. Infolge der Regengüsse der letzten Tage führte die **Brigach** solche Wassermengen mit sich, daß die Landstraße zwischen Rietheim und Marbach sowie das anliegende Gelände derart überschwemmt waren, daß die Verbindung zwischen beiden Orten gestern völlig unterbrochen war. Heute ist der Wasserstand wieder zurückgegangen.

Glückwünsche an Prof. Dr. Hellpach

Aus Anlaß des 50. Geburtstages des Staatspräsidenten a. D. Prof. Dr. Willi **Hellpach** sind in seinem Hause in **Heidelberg** zahlreiche Glückwünsche eingelaufen, so vom Staatspräsidenten Dr. **Trunk,** Landtagspräsidenten Dr. **Baumgartner,** den Reichsministern Dr. **Stresemann** und Dr. **Köhler,** vom preußischen Kultusminister **Becker,** dem Reichsbankpräsidenten Dr. **Schacht,** dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei usw.

Staatspräsident Dr. **Trunk** telegraphierte: „Mit aufrichtigem Glückwunsch gedenke ich am heutigen Tage ganz besonders ihrer verdienstvollen Mitarbeit in der verantwortlichen Stelle als badischer Minister und Staatspräsident."

Reichsfinanzminister Dr. **Köhler:** „In Erinnerung an unsere gemeinsame Arbeit für das badische Land herzlichste Glückwünsche!"

Reichsaußenimnister Dr. **Stresemann:** „Erst heute von Ihrem Geburtstage erfahrend, sende ich freundschaftliche und herzliche Grüße und alle guten Wünsche auch für zukünftiges erfolgreiches Wirken."

Preußischer Unterrichtsminister **Becker:** „In freundschaftlicher Hochschätzung ihrer Leistungen als Gelehrter und als Schriftsteller, ihrer Bewährung als Staatsmann und als Mensch gedenkend, wünsche ich Ihnen zur Vollendung ihres 50. Lebensjahres noch weitere Sie und uns beglückende Jahrzehnte des Schaffens in der bei Ihnen vorbildlichen Jugendlichkeit und Frische."

Reichsbankpräsident Dr. **Schacht:** „Dem jugendlichsten und tapfersten Jahrgangskameraden!"

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei (Koch, Erkelenz, Fischer): „Die Deutsche demokratische Partei beglückwünscht Sie herzlichst zum 50. Geburtstag. Sie gedenkt heute des ersten Präsidentschaftswahlkampfes, in dem Sie die Fahne der Partei vorantrugen, und gibt der Gewißheit Ausdruck, daß Sie auch fürderhin von hoher Warte Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes durch Wort und Tat beeinflussen werden."

Weitere Glückwünsche sandten u. a.: Die bulgarische und griechische Gesandtschaft in Berlin, die Witwe des Reichspräsidenten Ebert, die Familie Rathenau, mehrere Danziger Senatoren, das Deutsche Auslandsinstitut Stuttgart, die demokratischen Landtagsfraktionen von Preußen, Baden und Württemberg, der Vorstand der demokratischen Partei, verschiedene demokratische und republikanische Studentenschaften, ferner Schriftsteller Emil Ludwig, Chefredakteur Georg Bernhard, der demokratische Klub Berlin und viele andere.

Pr[illegible]or **Hellpach** hat übrigens seinen Geburtstag außerhalb Heidelbergs in der Stille verlebt.

Der Todestag Eberts

Wie aus **Heidelberg** berichtet wird, besuchten am gestrigen Montag Frau Luise **Ebert** und der älteste Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten im Laufe des Tages das Grab auf dem Bergfriedhof. Das Grab war reich mit Blumen und Kränzen geschmückt. Außer der Reichsregierung hatten das badische Staatsministerium, die preußische Staatsregierung, die Stadt Heidelberg, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Bund republikanischer Studenten Kränze niedergelegt.

In **Berlin** veranstaltete das Reichsbanner auf dem Gendarmenmarkt eine **Ebert-Gedächtnisfeier** aus Anlaß des zweiten Todestages des Reichspräsidenten Ebert. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge hatte den großen Platz dicht besetzt. Nach einleitenden Musikvorträgen hielt Reichstagsabgeordneter Otto **Wels** die Gedenkrede, in der er der großen Verdienste des ersten Reichspräsidenten gedachte. Mit dem Vortrag des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" und dem vom Trommlerkorps gespielten Reichsbannermarsch endete die Feier.

Evangelische Landessynode

DZ. **Karlsruhe,** 28. Febr.

Im Landtagsgebäude trat heute vormittag die erneuerte **Landessynode** zusammen.

Kirchenpräsident D. **Wurth** hieß die Abgeordneten herzlich willkommen und knüpfte daran längere Ausführnugen. Noch stehe das evangelische Bekenntnis in wichtigen Einflußgebieten des öffentlichen Lebens an Geltung zurück. Die Zersplitterung durch die Sektenpropaganda sei im Abflauen. Der Zugang zum Schwesternberuf genüge noch nicht. Eine wichtige, große Anforderungen stellende Zeiterscheinung sei die starke Zunahme der gemischten Ehen. Der Redner bedauert den immer noch geringen Zugang zum theologischen Studium. An Ostern wird die Einführung des Religionsunterrichts an den Fortbildungs- und Fachschulen vollendet sein. Leider ließ sich eine Senkung des Steuerfußes für die Kirchensteuer nicht ermöglichen. Die Austritte sind um ein Geringes gestiegen; doch kann von einer Austrittsbewegung nicht die Rede sein. Die seit 30 Jahren umstrittene Katechismusfrage soll jetzt zur Lösung gebracht werden.

Darnach erfolgte die Verpflichtung der Abgeordneten, von denen nur Geheimrat Dr. **Aschoff,** Freiburg, fehlte, der plötzlich an einer Vergiftung erkrankt ist.

Zum Präsidenten der Synode wurde durch Zuruf einstimmig wiederum Abg. Dr. **Keller,** Freiburg (pos.) gewählt, zum Stellvertreter Abg. W. **Schulz** (lib.). —

Nach Bildung des Ältestenrates und der verschiedenen Ausschüsse gab Kirchenpräsident D. **Wurth** die zur Beratung stehenden Vorlagen bekannt. — Der Synodalpräsident gedachte zweier verstorbenen Mitglieder früherer Synoden, des Mühlenbesitzers **Deetken,** Mosbach, und des Oberlehrers **Baumann,** Durlach, zu deren ehrendem Andenken sich die Abgeordneten von den Sitzen erhoben.

Mit Gebet wurde die Sitzung geschlossen. Zunächst werden die Ausschüsse an die Arbeit gehen.

Die Angriffe gegen das Badenwerk

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß der frühere Verwaltungsinspektor des Badenwerks, **Rudy,** der seinerzeit durch seine Angriffe gegen dieses Unternehmen von sich reden machte, durch einen deutschnationalen Abgeordneten beim Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** um eine außergerichtliche und außerparlamentarische Erledigung des Falles habe bitten lassen. Das Ersuchen Rudys sei von Dr. Köhler abgelehnt worden. Die Angriffe Rudys waren im vorigen Sommer von der deutschnationalen Landtagsfraktion zum Gegenstand einer Interpellation gemacht worden. Die Verhandhung der Interpellation, in der der damalige Finanzminister Dr. **Köhler** die Angriffe Punkt für Punkt als unrichtig zurückwies, verlief für die Kritiker des Badenwerks recht ungünstig; insbesondere war schon damals die Haltung des deutschnationalen Redners recht unsicher geworden. Er erklärte, er habe sich mit den Angriffen nicht identifizieren, sondern nur eine Klarstellung veranlassen wollen. Das hinderte nicht, daß deutschnationale Blätter die Kampagne gegen das Badenwerk und den Finanzminister fortsetzten und den Eindruck zu erwecken suchten, als fürchte Dr. Köhler die ins Werk gesetzte parlamentarische Untersuchung des Falles sowie den Verlauf einer gegen Herrn Rudy eingeleiteten Klage. Jetzt geben die Deutschnationalen und Herr Rudy ihr Spiel **verloren,** Gericht und Landtagsausschuß werden also ihr Urteil sprechen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fischmarkierungs-Versuche

In diesen Frühjahrsmonaten werden am Rhein Fischmarkierungsversuche durchgeführt. Es werden dabei jüngeren Fischen am Ansatz der Rückenflosse **Metallplättchen** eingedrückt. Die Versuche sollen näheren Aufschluß über die Wanderungen, Wanderungsschnelligkeit, auch das Wachstum der Fische geben. Deshalb ist es wichtig, daß sie von allen Fischern, Berufs- wie Sportfischern unterstützt werden. Fische, die mit Plättchen wiedergefangen werden, sind am besten mit genauesten Angaben über Fangzeit und Fangort an den Landesfischereisachverständigen Dr. Koch, Karlsruhe, Schloßplatz 19, einzuschicken. Unter Umständen genügt auch Einsendung der Metallklammer und genaue Mitteilung über Fangort, Fangzeit, Fischart, genaue Größe und Gewicht des Fisches.

Gemeinde-Rundschau

Eines der schönsten Rathäuser im badischen Frankenland dürfte **Grünsfeld** besitzen. Es wurde gebaut im Jahre 1579 und weist also ein Alter von ca. 350 Jahren auf. Dies selten schöne Gebäude wurde vor einem Jahr von dem Verputz freigelegt und zeigt sich jetzt in seinem alten schönen Gewande. Zur Freilegung und Erhaltung hatte der badische Staat eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt.

Realschule in Walldürn. Auf Antrag der Gemeinde in Walldürn ist die Bürgerschule daselbst in eine sechsklassige Realschule umgewandelt worden, nachdem der Bürgerausschuß sämtliche durch die Umwandlung entstehenden Mehrkosten auf die Gemeindekasse übernommen hat.

Aus der Landeshauptstadt

Journalistenjubiläum. Der Vorstand der Karlsruher Filiale des Wolffschen Telegraphenbüros, Herr **Konrad Steufmehl**, kann am heutigen 1. März auf eine 25jährige arbeitsreiche und verdienstvolle Tätigkeit in diesem Unternehmen zurückblicken. Lange Jahre Agenturleiter in Metz, teilte er nach Kriegsende das Schicksal der Vertriebenen, um dann die Leitung der Zweigstelle in Mainz zu übernehmen. Auch aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen, wurde Herr Steufmehl im Frühjahr 1924 an die Spitze der Agentur Karlsruhe des WTB. berufen. Dem Jubilar, der sich in der kurzen Zeit seines Hierseins allgemeine Wertschätzung zu erringen wußte, auch unsere herzlichen Glückwünsche!

Denkmal für die 143er. Der Verein ehemaliger 143er, Landesgruppe Baden, Sitz Karlsruhe, hielt vor kurzem hier seine diesjährige gutbesuchte Generalversammlung ab. Auf dem letzten Regimentstag in Kassel wurde beschlossen, für die gefallenen 143er im Schwarzwald ein Denkmal zu errichten, wobei besonders ein Platz mit Aussicht auf die frühere Garnisonsstadt Straßburg berücksichtigt werden soll. Beziehungen in dieser Hinsicht sind bereits aufgenommen, doch sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Bücheranzeige

Scheckgesetz nebst Wechselsteuergesetz, sowie zugehörigen Verordnungen. Mit Einleitung, Anmerkungen und Sachverzeichnis von Sigmund Merzbacher, Justizrat und Rechtsanwalt in Nürnberg. In dritter Auflage neu bearbeitet von Erwin Riezler, Professor der Rechte in München. VI, 149 Seiten 8°. München 1927. C. H. Beck. In Ganzleinen gebunden M. 2.80.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Infolge anhaltender Wärmezufuhr aus Westen, die tagsüber durch Einstrahlung zeitweise noch verstärkt wurde, erreichten gestern die Höchsttemperaturen in der Rheinebene 15—16 Grad, im Hochschwarzwald 5 Grad Wärme. Die heutigen Morgentemperaturen liegen bei 6 bzw. 1 Grad Wärme. Die Ausbildung eines Tiefdruckausläufers über Frankreich hat bei uns vorübergehend Südostströmung hervorgerufen, in der es zu Aufheiterung und Unterbrechung der Niederschläge kam. Wir bleiben zunächst im Bereiche dieser Randstörung und werden von der Zirkulation des Haupttiefs über England nur gestreift. **Wetteraussichten** der Bad. Landeswetterwarte für 2. März: fortdauernd **mild**, bei schwacher Luftbewegung, Neigung zu Niederschlägen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. März Geld	1. März Brief	28. Februar Geld	28. Februar Brief
Amsterdam 100 G.	168.70	169.12	168.65	169.07
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.58	112,32	112.60
Italien . . 100 L.	18.47	18.51	18.46	18.50
London . . 1 Pfd.	20.442	20.494	20.438	20.490
Newyork . 1 D.	4.2135	4.2235	4.2135	4.2235
Paris . .100 Fr.	16.485	16.525	16.485	16.525
Schweiz . 100 Fr.	81.04	81.24	81.03	81.23
Wien 100 Schilling	59.33	59.47	59.305	59.445
Prag . . Kr. 100	12.471	12.511	12.473	12.513

Batschari-Zigarettenfabrik Baden-Baden. Nach der durchgeführten Sanierung schließt das Geschäftsjahr für 31. Dez. 1926 mit einem Betriebsgewinn von 588 545 RM. ab. Davon werden 576 274 RM. für Sonderabschreibungen verwandt, um Buchverluste auszugleichen, die nach der Sanierung infolge der Konzentration des Geschäftes sich herausgebildet haben. Außerdem wurden 200 000 RM. auf Fabrikbestände abgeschrieben. Abschreibungen auf Anlagewerte dagegen waren nicht nötig, da bei Aufstellung der Sanierungsbilanz vom 1. Juli 1926 darauf Rücksicht genommen wurde. Der Restgewinn von 12 271 RM. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Der Aufsichtsrat der Berliner Straßenbahnbetriebe genehmigte den Einheitsfahrpreis von 20 Pfennigen mit Umsteigeberechtigung innerhalb der drei Verkehrsmittel (Straßenbahn, Hochbahn und Autoomnibusse.

Starker Ausländerbesuch zur Leipziger Frühjahrsmesse. Die Nachrichten aus dem Auslande über den Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse lauten außergewöhnlich günstig. Bis jetzt sind über 1500 Amerikaner, 1000 Holländer, 800 Engländer, 1000 tschechoslowakische Besucher sowie Hunderte von Besuchern aus vielen anderen Ländern gemeldet.

Zu den Holzversteigerungen im Saargebiet wird von dort mitgeteilt, daß im Saargebiet die Holzpreise im Verhältnis zu den deutschen recht niedrig sind. Buchen-Schnittholz werde im Walde zu 45 Fr. gleich 7,50 RM. je Ster verkauft zuzüglich der hinzukommenden Spesen. Mit Anfuhr, Bahnfracht, 25 Proz. Ausfuhrabgabe dürfte sich derartiges Holz auf etwa 75—80 Fr. = 12,50 bis 13,20 RM. frei deutsche Zollgrenze stellen.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 1. März. Heute kann Hr. Geh. Hofrat **Selb,** eine allgemein hochgeschätzte und über Mannheims Grenze hinaus bekannte Persönlichkeit, seinen 85. Geburtstag feiern.

DZ. **Heidelberg,** 28. Febr. Der bedeutende deutsche Filmregisseur Ernst **Lubitsch,** der seit mehreren Jahren in der amerikanischen Filmstadt Hollywood tätig ist, tritt in den nächsten Wochen eine Reise von Kalifornien nach Heidelberg an, um hier die Außenaufnahmen für den großen amerikanischen Film **„Alt-Heidelberg"** unter seiner persönlichen Leitung vornehmen zu lassen.

Staatsanzeiger

Die Nachgenannten haben die im Februar 1927 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen bestanden und hierdurch gemäß Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlicher geprüfter Baumeister" erlangt:

Bentz, Hugo, aus Ludwigshafen a. Rh., **Bockstaller,** Bernhard, aus Fahrnau, **Degler,** Fritz, aus Rastatt, **Dittrich,** Rudolf, aus Hettingen, **Eigler,** Anton, aus Rüdesheim a. Rh., **Gerhäuser,** Ludwig, aus Heidelberg, **Gutenmann,** Alexander, aus Konstanz, **Henn,** Karl, aus Kaiserslautern, **Herget,** Karl, aus Ludwigshafen a. Rh., **Hesselschwerdt,** Wilhelm, aus Karlsruhe, **Keller,** Franz, aus Lottstetten, **Kiefer,** Hans, aus Eichen, **Löb,** Karl, aus Mannheim, **Paul,** Rudolf aus Bendenheim, **Rudolph,** Wilhelm, aus Wallstadt, **Schweizer,** Otto, aus Pforzheim, **Seib,** Adam, aus Lampertheim, **Spitz,** Karl, aus Rastatt, **Weis,** Fritz, aus Steinbach, **Werle,** Otto, aus Bruchsal, **Zimmermann,** Hermann, aus Freiburg.

Karlsruhe, den 26. Februar 1927.

Der Finanzminister
J. V.: Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Als Oberrevisor: die Verwaltungspraktikanten Ludwig **Fürst** beim Bezirksamt Waldshut, Friedrich **Adam** beim Bezirksamt Schopfheim und Wilhelm **Blösch** beim Bezirksamt Villingen; als Verwaltungsobersekretär: die Verwaltungspraktikanten Karl **Karolus** beim Bezirksamt Kehl, Karl **Geier** beim Bezirksamt Karlsruhe, Wilhelm **Bohnert** bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Max **Weingärtner** beim Bezirksamt Heidelberg und Pius **Ruf** beim Bezirksamt Schopfheim.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Präsident Dr. Karl **Glockner** beim Verwaltungsgerichtshof.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Lehrerin Elise **Grohé** an der Mädchenrealschule III in Mannheim zur Hauptlehrerin daselbst.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:

Ministerialrechnungsrat Gustav **Seeger** zum Ministerialoberrechnungsrat.

Oeffentl. Sparkasse Gerlachsheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM
1. Kassenbestand	1 239.12
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	3 240.36
3. Wertpapiere	—.—
4. Wechsel	—.—
5. Darlehen auf Hypotheken	38 747.75
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	26 991.25
7. Darlehen auf Schuldschein	11 457.—
8. Darlehen an Gemeinden	—.—
9. Einnahmerückstände .	1 486.29
10. Grundstücke u. Gebäude	—.—
11. Gerätschaften	188.46
	83 350.23

Verbindlichkeiten.	RM
1. Spareinlagen	43 110.89
2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	15 084.62
3. Sonstige Einlagen . .	—.—
4. Anleheu und andere Schulden	22 000.—
5. Ausgaberückstände . .	—.—
6. Rücklagen:	
a) gesetzl. Reservefonds :	1 805.86
b) Sonderrücklage . . .	—.—
c) Aufwertungsstock . .	1 041.48
7. Reingewinn vom Jahre 1926	307.38
	83 350.23

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus RM 58 195.— Einlagen . . . . = RM 2 909.75
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 . RM 2 113.24
Somit weniger . . . . . RM 796.51

Gerlachsheim, den 24. Februar 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Melbert, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Günther.

Spar- und Waisenkasse St. Peter.

Vermögensdarstellung auf 1. Januar 1926.

Vermögen.	RM
Hypotheken	1 500.—
Schuldscheindarlehen . :	38 270.—
Kontokorrentguthaben . .	5 327.55
Einnahmereste	12.90
Stückzinse	2 008.80
Barvorrat	3 732.10
Inventar	500.—
	51 351.35

Schulden.	RM
Guthaben der Einleger .	40 059.—
Anlehenskapitalien . . .	8 786.40
Reinvermögen	2 505.95
	51 351.35

St. Peter, den 22. Februar 1927. J.921

Spar- und Waisenkasse St. Peter.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

J.968. **Durlach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Valentin Damian, chem. Fabrik** in Durlach, ist Termin zu einer Gläubigerversammlung zwecks Beschlußfassung über die Beibehaltung des Konkursverwalters bestimmt auf **Freitag, den 11. März 1927, nachm. 3½ Uhr,** vor dem Amtsgericht Durlach, III. Stock, Zimmer 35.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Konkurseröffnung.

J. 963. **Meßkirch.** Über das Vermögen der Kaufmann **Gustav Flacksberger Ehefrau Emmy geb. Wolf** in Stetten a. k. M., wird heute, am 25. Februar 1927, nachmittags 2½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin überschuldet und zahlungsunfähig ist.

Der Kaufmann Cornel Govenflo in Meßkirch wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **30. März 1927** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag, d. 17. März 1927, nachm. 2½ Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Dienstag, den 12. April 1927, nachm. 2½ Uhr.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. März 1927 Anzeige zu machen.

Meßkirch, 26. 2. 27.
Amtsgericht.

Offenbacher Geld-Lotterie

Bei der am 4. Februar 1927 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Gewinne **von 100 bis 4000 Mark:** 1354 (4000), 13253 (100), 15251 (100), 15873 (100 und Prämie 1000). — B. Gewinne zu **50 Mark:** 3771 9983 12466 20014 22709 26161. — C. Gewinne zu **20 Mark:** 658 4713 4720 8009 9039 11247 13710 13941 14487 15427 26983 28541 31534 32584 33507. — D. Gewinne zu **10 Mark:** 1740 2743 2916 6258 7864 8007 9051 9594 9804 11586 12933 13759 13771 14107 15463 16361 19580 19951 21635 25937 27256 27450 27562 28388 29455 30578 30726 31799 33088 34156. — E. Gewinne zu **5 Mark:** 3460 3862 5226 5533 5868 6106 6516 6826 8045 8239 8955 8966 10673 11237 11613 11941 12458 12583 13660 13952 13987 15049 15849 16637 16672 16751 17042 17253 18072 18449 19620 21093 21334 22206 22255 22292 22584 23829 24022 24218 24497 24989 25599 25857 26001 27001 27087 27308 27581 27770 30855 30860 30915 31831 31944 32649 32714 33810 34230 34582. — F. Gewinne zu **3 Mark:** 66 612 624 876 1152 1272 3581 3916 3934 4443 4606 4669 4922 4985 5171 5525 6660 7737 7745 8374 8389 8894 9019 9404 9570 10047 10066 10543 10756 10758 11303 11329 11349 11501 11915 12078 12460 12563 12587 13189 13988 14644 15608 15867 15955 16003 16018 16717 17162 17569 18994 19424 19487 19715 19837 20100 20529 20710 21309 21321 21765 22850 22906 23281 23374 23888 24495 24665 24858 24985 26283 26321 26377 26605 27372 27479 27486 27613 28050 28071 28531 28824 29135 29494 29556 30017 31651 31779 31825 32015 32372 32932 33094 33207 33702 33220 34235 34398 34488 34616. — **Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark:** 15 65 72 107 166 178 214 230 237 242 276 355 366 443 545 581 610 679 684 750 751 756 790 809 830 850 862 880 886 904 961. — **Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark:** 1217 1683 2339 2420 3792 4229 4988 5984 6162 10877 12359 14809 16123 16495 18961 19489 21291 22850 23064 24990 25461 27593 28731 30498 32292 32551 33740 33800 34115 34309.

Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Fetzer, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6.

Bäckerlehrling.

Gesunder, kräftiger Junge kann unter günst. Bedingsofort in die Lehre treten. Angeb. u. G.176 a. Karlsr. Ztg.

Wochenbettpflegerinnen!

An der **Badischen Landesfrauenklinik in Karlsruhe** (Kaiserallee 10) findet bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1927 ein Ausbildungskurs für Wochenbettpflegerinnen statt.

Das Kursgeld für den ganzen Kurs beträgt 30 M. und ist in monatlichen Teilbeträgen zum voraus zu entrichten. Gegen eine Vergütung von 2 M. für den Tag wird Verköstigung in der Klinik gewährt; dagegen besteht daselbst keine Wohngelegenheit für die Kursteilnehmerinnen.

Anmeldungen an die Direktion der Landesfrauenklinik bis **spätestens 15. April d. J.** erbeten.

Nähere Auskunft erteilt Frau Oberin Wippermann.

Karlsruhe, den 1. März 1927. G.178

Versch. Bekanntmachungen

Papierholz-Verkauf.

Das **Bad. Forstamt Waldkirch** bei Freiburg verkauft **freihändig** aus den Staatswaldungen Engewald, Kastellwald, Biggert, Kaimer und Rotzel ca. 1800 Ster Papierholz I.—III. Kl. in 4 Losen. Etwa 300 Ster hiervon werden demnächst aufbereitet. Losverzeichnisse durch das Forstamt. Termin für Einreichung der Angebote **Donnerstag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr.** J.969

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 2. März 1927
6. Vorstellung
der Schülermiete

Danton

von Romain Rolland
In Szene ges. v. F. Baumbach

Danton	Hierl
Robespierre	v. d. Trenck
Camille	Leitgeb
Saint-Just	Dahlen
Hérault	Kloeble
Billaud	Brand
Vadier	Prüter
Philippeaux	Kienscherf
Fabre	Höcker
General Westermann	Hofbauer
Fouquier-Tinville	Gemmecke
Herman	Herz
General Hanriot	Nagel
Lucile	Fein
Eléonore	Moest
Duplay	Frauendorfer
David	Müller
Schreiber	Dr. Storz
Obmann	Lindemann

Anfang 7 Ende nach 9
Sperrsitz I M. 5.—
Eine beschränkte Anzahl von Karten ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten

Do. 3. März **Die lustigen Weiber von Windsor**
Fr. 4. März **Die Zauberflöte**

Lest Bücher Wissen ist Macht

Detektiv-Institut „Argus" u. Privat-Auskunftei
Mannheim O. 6. 6 Planken Telefonanschluß 35505
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Druck G. Braun, Karlsruhe.